

Finanzierung der Universitäten und der Forschung bis zum Jahr 2020

Gemeinsam mit FFG, FWF und den Universitäten fordert der Rat für Forschung und Technologieentwicklung mehr Geld für Zukunftsinvestitionen

Wien, 29. Jänner 2014: In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Pascale Ehrenfreund, der Präsidentin des FWF, Harald Kainz, dem Rektor der TU Graz, und Klaus Pseiner, dem Geschäftsführer der FFG forderten die Vorsitzenden des Forschungsrates einmal mehr die Realisierung der dringend notwendigen Maßnahmen zur besseren Finanzierung des tertiären Sektors (Hochschulsektor) sowie der F&E-Gesamtausgaben. „Nur durch eine kontinuierliche Steigerung der budgetären Ausstattung kann ein nachhaltiges Wachstum für Wissenschaft und Forschung gewährleistet werden kann“, so der Vorsitzende des Forschungsrates Dr. Hannes Androsch. Starke Schwankungen, so der einhellige Tenor aller ForschungsvertreterInnen, wirken sich insbesondere auf den notwendigen Aufbau qualifizierten Forschungspersonals negativ aus und schränken damit auch die Absorption bereits vorhandener Mittel ein.

Im Vorfeld der Budgetverhandlungen ruft der Forschungsrat daher mit einer aktuellen Empfehlung die Regierung dringend auf, nicht nur ein klares Bekenntnis, sondern vor allem auch tatsächliches Engagement für Bildung, Wissenschaft und Forschung zu zeigen. „Wir brauchen“, so der stellvertretende Vorsitzende des Forschungsrates, Univ.-Prof. Dr. Peter Skalicky, „für diese Bereiche sowohl optimale Rahmenbedingungen als auch eine angemessene finanzielle Ausstattung.“

Deutliche Verbesserungen bei der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung gefordert

Mit Implementierung der „Strategie der Bundesregierung für Forschung, Technologie und Innovation“ im Jahr 2011 wurde ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von Wissenschaft und Forschung in Österreich gesetzt. Als ein wesentliches Ziel wurde darin das Erreichen einer F&E-Quote von 3,76% (in Prozent des BIP) bis 2020 festgehalten.

Rat für Forschung und
Technologieentwicklung

Pestlozzigasse 4 / D1
A-1010 Wien
Tel.: +43 (1) 713 14 14 – 0
Fax: +43 (1) 713 14 14 – 99
E-Mail: office@rat-fte.at
Internet: www.rat-fte.at

FN 252020 v
DVR: 2110849

Die Bundesregierung hat nun in ihrem aktuellen Regierungsprogramm die Bereiche „Wissenschaft und Forschung“ erneut als elementare Stützen der gesamtstaatlichen Entwicklung Österreichs ausgewiesen. Als ein Ziel im Regierungsprogramm wird das Setzen konkreter budgetärer Maßnahmen zum Erreichen des 2%-Quote (in Prozent des BIP) für tertiäre Bildungseinrichtungen bis zum Jahr 2020 angekündigt.

Rund 200 Mio Euro Steigerung pro Jahr fehlen zum Erreichen des F&E-Ausgabenziels von 3,76% des BIP bis zum Jahr 2020

Noch vor der neuen Regierungsbildung, im Oktober 2013, wurde im Auftrag des Rates die Berechnung möglicher Pfade der Forschungsquotenziele bis 2020 durch das WIFO publiziert. Aus der Studie geht hervor, dass der Entwicklungstrend der F&E-Quote zwar noch eine Zunahme der Ausgaben für Wissenschaft und Forschung aufweist, die erforderlichen Steigerungen zur Erreichung des 3,76%-Zieles jedoch nicht eingehalten werden können. Konkret zeigt die WIFO Studie, dass zur Erreichung des Quotenzieles eine starke Steigerung bei der öffentlichen Finanzierung von 2013 bis 2020 notwendig wäre. Ausgehend von 2013 beträgt der kumulierte zusätzliche Finanzierungsbedarf bei der öffentlichen Finanzierung bis 2018 über zwei Milliarden.

Zum Erreichen des Ausgabenziels von 2,0% des BIP für den tertiären Sektor bis 2020 fehlen pro Jahr 400 Mio Euro Steigerung

Soll das 2%-Ziel für den tertiären Bildungsbereich bis zum Jahr 2020 erreicht werden, muss der Finanzierungspfad für die Bereiche Hochschulen, Grundlagenforschung und angewandte Forschung signifikant angehoben werden.

Zur Erreichung des 2%-Ziels müssten die Ausgaben von 1,51% des BIP oder 4,3 Mrd. € im Jahr 2010 auf 8,3 Mrd. € im Jahr 2020 steigen. Da der öffentliche Finanzierungsanteil im tertiären Sektor gegenüber dem privaten überwiegt, sind die notwendigen Steigerungen vorrangig durch die öffentliche Hand zu tragen. Jährliche Mehrausgaben von im Schnitt rund 400 Mio. Euro über den verbleibenden Zeitraum wären zum Erreichen des 2%-Ziels daher notwendig. Da im Bundesfinanzrahmen entsprechende Steigerungen nicht enthalten sind, ist die Zielerreichung unwahrscheinlich, weswegen akuter Handlungsbedarf besteht.

Rückfragehinweis:

DI Dr. Ludovit Garzik – Geschäftsführer des Rates für Forschung und Technologieentwicklung

Tel. +43-1-7131414

E-Mail: l.garzik@rat-fte.at